



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Gestaltungsbeirat zu TOP 4 öSi
-Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen und -gruppe DIE GRÜNEN, BGI, ÖDP vom
06.02.2018- zu TOP 4 Söi

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	08.02.2018	Entscheidung

Antrag:

zum Tagesordnungspunkt Ö4 der Stadtratssitzung steht die Neubesetzung des Gestaltungs- und Planungsbeirates zur Abstimmung.

Wir stellen folgenden

Zusatzantrag:

Der Gestaltungsbeirat tagt künftig öffentlich zu allen Baumaßnahmen, an denen die Stadt Ingolstadt oder eine ihrer Töchter oder eine der Beteiligungsgesellschaften beteiligt ist. Dies gilt für die Bereiche Stadtplanung, Hochbau und sowie die Verkehrs- oder Grünplanung. Insbesondere §7 (3) der Geschäftsordnung des Gestaltungsbeirates ist entsprechend zu ändern.

Begründung:

Große Baumaßnahmen und enorme Investitionen stehen in unserer wachsenden Stadt im ganzen Stadtgebiet an – Bildungs-, Kultur- und Wirtschaftsgebäude. Es entstehen modellhafte Kindertageseinrichtungen, große Wohngebiete und Hochhäuser. All dies sind Themen des Gestaltungsbeirates.

Die Ingolstädter Bürgerinnen und Bürger sollen die Diskussionen und Entscheidungsprozesse von Bauen von Beginn an mitverfolgen können. Die Meinungen der Architekten, Grün- und Verkehrsplaner sowie des Denkmalamtes im Gestaltungsbeirat zu den einzelnen Projekten zu hören, macht die Baumaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger besser nachvollziehbar und trägt zur Baukultur und zu mehr Wissen und Bewusstsein um Architektur und Stadt bei.

Die Gestaltungsbeiräte in Deutschland handhaben die Öffentlichkeit ihrer Sitzung unterschiedlich, viele tagen öffentlich oder größtenteils öffentlich. Es gilt zwar der Satz, dass jedes Bauen den öffentlichen Raum betrifft. Doch sollten wenigstens die Baumaßnahmen, die von der öffentlichen Hand, ganz oder anteilig, gemacht werden, auch öffentlich besprochen werden.

Der Ingolstädter Gestaltungsbeirat wird aktuell neu besetzt – ein guter Zeitpunkt, um die bisherige Praxis noch weiter zu öffnen und mehr Öffentlichkeit zu schaffen.

Beschluss:

Stadtrat vom 08.02.2018

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.